

Antrag der Fraktion DIE LINKE**Angemessene pädagogische Begleitung sowie Wohnmöglichkeiten für minderjährige Flüchtlinge sofort sicherstellen!**

Aufgrund der bedrohlichen Lage in benachbarten Krisengebieten kommen immer mehr Kinder nach Bremen, die ohne Familienangehörige vor dem Krieg in ihrer Heimat flüchten. Ihre Zahl hat sich seit Herbst letzten Jahres verdoppelt bis verdreifacht. Die Kinder und Jugendlichen sind nach Angaben von Fluchtraum e. V. sehr häufig traumatisiert und brauchen dringend intensiven Beistand. Aktuell spitzt sich die Lage in Bremen immer mehr zu. Es fehlt an Personal und an geeignetem Wohnraum. Viele Vereine, die sich in Bremen um diese Kinder und Jugendlichen kümmern, sprechen mittlerweile von tragischen, unmöglichen Zuständen.

Die Betroffenen leiden häufig an Angstzuständen, Depressionen und psychosomatischen Störungen. Mittlerweile sind es über 30 Kinder und Jugendliche, die in der ZAST (Zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge) leben, und es sind schon einige Monate vergangen, in denen gehandelt hätte werden können. Die Räumlichkeiten sind bescheiden und dem Flüchtlingsrat zufolge zum Teil ungeeignet. Am dringendsten scheint aktuell eine durchgängige Ansprechperson für die Kinder und Jugendlichen zu sein, da sie zu einem großen Teil ihrer Zeit in der ZAST allein sind. Hier gäbe es beispielsweise die Möglichkeit, mehr Einzelvormünder einzusetzen, damit eine Person des Vertrauens vorhanden ist. Zudem mangelt es auch an Therapieangeboten für die traumatisierten Kinder und Jugendlichen, die diese jedoch dringend brauchen um sich zu öffnen und Vertrauen fassen zu können. Die Ankündigung der Senatorin, jetzt kurzfristig neue Plätze schaffen zu wollen, reicht bei dieser akuten Notlage nicht aus.

Da die Situation sich nicht absehbar verbessern wird, erachten wir grundsätzliche Neuüberlegungen für dringend angebracht.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. den Senat zu beauftragen, eine Notkonferenz einzurichten, in der sich politisch Verantwortliche, beteiligte Vereine und Pädagogen bzw. Therapeuten zusammensetzen und ein neues tragfähiges Konzept für nach Bremen geflohene unbegleitete Minderjährige auszuarbeiten.
2. sofort zu prüfen, inwieweit es möglich ist, zügig mehr Einzelvormünder einzusetzen, um die aktuelle Notlage zu verbessern.
3. einen angemessenen Finanzrahmen festzulegen, der eine intensive therapeutische Behandlung, angemessenen Wohnraum und durchgängige pädagogische Betreuung sicherstellt.

Cindi Tuncel,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE